

Zeitschrift: Kultur und Politik : Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge
Herausgeber: Bioforum Schweiz
Band: 51 (1996)
Heft: 4

Artikel: Wer stoppt den Grössenwahn der Technokraten?
Autor: Tocha, Wigbert
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-891914>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 28.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Mit einer Schlacht ist der Krieg noch nicht gewonnen...

sr. In Abwesenheit der bäuerlichen Prominenz – sofern wir uns der gängigen Meinung darüber, was Prominenz sei, anschliessen – ist am 9. Juni auf dem Biohof von Uschi und Hansjörg Schneebeli in Obfelden der Sieg in der Abstimmung über den neuen Verfassungsartikel über die Landwirtschaft gefeiert worden. Für einmal gehören die «grünen» Kräfte zu den Siegern.

Wie lange? Wie der in der Verfassung geforderte ökologische Leistungsausweis in Gesetze und Verordnungen umgesetzt wird, wird erst die Zukunft zeigen. Die Opposition gegen die Vorlage traute sich vor der Abstimmung kaum, ihre Vorbehalte laut zu sagen. Die zahlreichen Leserbriefe in der bäuerlichen Presse und die Furcht vor einer «Öko-Diktatur» stimmen jedoch nachdenklich. Wann endlich begreifen diese Leute, dass mit dem Festhalten am Gewohnten bei den Konsumenten keine Lorbeeren mehr zu holen sind?

«Die Landwirtschaft bestimmen wir», stand als Überschrift über einem Kommentar von Walter Niederberger im «Bund» zu lesen. Mit «wir» sind die Konsumenten, alle Nicht-

bauern gemeint. Und das sind immerhin 96 % der Bevölkerung. Die bäuerliche Prominenz ist zweifellos gut beraten, wenn sie endlich anfängt, sich mit den Gegebenheiten auseinanderzusetzen, statt nach wie vor die Biobauern mitleidig zu belächeln.

Und wenn Marcel Sandoz, Präsident des Schweizer Bauernverbandes, in der «BauernZeitung» schreibt: «Die Agrarpolitik ist nur mit den Bauern zu machen» dürfte er sich den genau gleichen Illusionen hingeben wie Hermann Weyeneth oder sogenannte «neue» Zusammenschlüsse von Bauern, die nach wie vor einer «alten», vergangenen Ära nachtrauern.

Dass das, was uns auf der anderen Seite als «grün» und zeitgemäss angeboten wird, bei Licht besehen nicht immer besser ist als das



Siegesfeier mit Musik und Gesang

alte, ist ein Kapitel für sich. Gerade wir Biobauern haben in der Diskussion um die zukünftige Ausgestaltung der Agrarpolitik eine zentrale Aufgabe als Vermittler zwischen den Marktfanatikern, den Ökoidealistinnen und den Systembewahrern. Die Aufgabe ist nicht leicht. Aber lohnend und interessant.

Wer stoppt den Grössenwahn der Technokraten?

Ein Gespenst geht um in Europa, seinen Ländern und Regionen. Es ist die Angst vor dem Verlust der eigenen Identität. Das Unbehagen sitzt tief, so dass jede Volksabstimmung über die europäische Einigung, ganz gleich in welchem Land, zu einer Zitterpartie wird. Es ist das Unbehagen gegenüber grossen Einheiten, gegenüber der Zentrale, gegenüber «Brüssel», aber auch gegenüber «Madrid» und «Berlin». Dieses Gespenst ist nicht einfach dadurch zu vertreiben, dass eu-

ropäische Politiker künftig mehr Bürgernähe versprechen oder davon reden, dass etwa die Kompetenzen des europäischen Parlamentes gestärkt werden müssen: Das ist sicher nötig, weil es nicht angeht, dass 15 Minister in geheimen Sitzungen entscheiden, was für 400 Millionen Menschen gut und recht sein soll, wie die Neue Zürcher Zeitung einmal sinngemäss geschrieben hat. Dennoch löst auch ein zentrales Parlament, das mehr Entscheidungsbefugnisse bekommt,

das zugrundeliegende Problem nicht. Echte Bürgerbeteiligung und -nähe ist damit noch nicht erreicht.

Genauso führt es in die Irre, wenn Gestrige die gegenwärtige Unsicherheit ausnutzen wollen und mit dröhnendem Vokabular die Restaurierung der «Nation» anstreben. Die Überwindung jener Nationalstaatlichkeit, die Europa in mörderische Kriege geführt hat, war ein Antrieb für die Schaffung eines

gemeinsamen Europas, der nicht einfach über Bord geworfen werden kann. Wenn die Nationalstaaten Kompetenzen abgeben, ist aber Zweierlei zu beachten: Zum einen muss die kulturelle und sprachliche Identität weiter gepflegt werden; eine europäische Einheitssprache etwa nach amerikanischem Vorbild ist für die meisten eine abschreckende Vorstellung und in Europa zudem unrealistisch; zum zweiten, und das ist der springende Punkt, sind Kompetenzen nicht nur nach oben abzugeben – wie das derzeit in Europa aufgrund von Regierungsentscheidungen der Fall ist –, sondern auch nach unten – wie das zur Zeit eben zu wenig geschieht. Hier liegt die eigentliche Antwort auf die gegenwärtige Identitätskrise in Europa: im Ausbau der lokalen Demokratie, in der Stärkung der Regionen und ihrer Kompetenzen, in der echten Wertschätzung der gewachsenen kleinen Einheiten. (...)

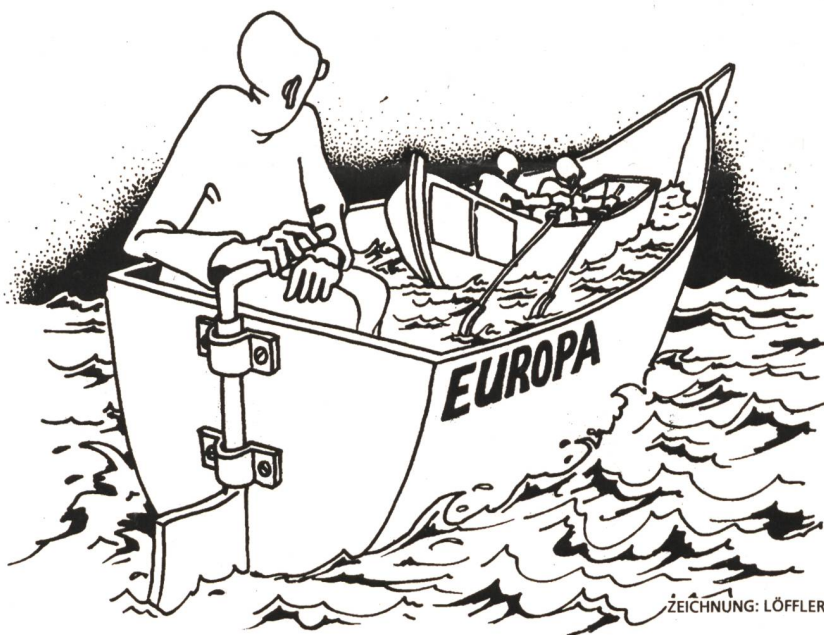
Small is beautiful: Diesen Satz hat man zu den

Hoch-Zeiten der ökologischen Bewegung oft gesagt, geschehen ist aber das Gegenteil. (...) Im Zeitalter der vernetzten Computer wäre eine dezentrale Organisation, die mehr Rücksicht auf die lokale Identität der Bevölkerung nimmt, viel leichter möglich, als man in den 60er und 70er Jahren meinte. Technokratisch denkende Politiker nehmen das mit Achselzucken wahr. Dabei hat man auf verschiedenen Feldern Lehrgeld bezahlen müssen. (...)

Trotz aller Sonntagsreden von der «Subsidiarität» zieht die Karawane der technokra-

tisch denkenden Politik weiter. Doch: Wir brauchen ein neues Nachdenken über demokratisch-regionale Strukturen, das von den europäischen Regionen bis zu den Kommunen reicht. Weil von der politischen Klasse wenig kommt, ist es hilfreich, sich die Entwürfe verschiedener Denker einmal genauer anzuschauen.

Der Sozialphilosoph Leopold Kohr hat schon vor Jahrzehnten einen beachtenswer-



ten Vorschlag gemacht. Er fordert in einem Aufsatz ein Europa der Kantone. Am Beispiel der Schweiz weist Kohr nach, dass das Geheimnis ihres demokratischen und multinationalen Erfolgs nicht darin liegt, dass sich in der Eidgenossenschaft drei – mit den Rätoromanen sogar vier – Nationalitäten zusammengeschlossen haben, sondern dass es in der kleineren demokratischen Einheit liegt: Den 26 Kantonen und Halbkantonen. Die Schweiz ist ein Zusammenschluss von 26 kleinen demokratischen Republiken – und erst in zweiter Linie ein Zusammenschluss von Nationalitäten. Ohne diese kleineren

Einheiten hätten sich, so argumentiert Kohr mit Recht, die verschiedenen Nationalitäten längst ihren grossen nationalen Nachbarn angeschlossen. Kohr plädiert für ein Modell, in dem die Nationen von unten, durch Aufteilung in kleine nichtnationale Einheiten, aufgehoben werden.

Das mag merkwürdig klingen, wie ein Rückfall in die Kleinstaaterei des Mittelalters. Ein Blick in die Geschichte macht aber klar, dass

der Stadtstaat, die kleine überschaubare Staatsform, die Keimzelle von Demokratie und wirtschaftlicher Stabilität war. Der Interessenausgleich verschiedener Bevölkerungsgruppen etwa in den deutschen Bünden der freien Reichsstädte und der Hanse oder in den italienischen Stadtrepubliken war der Ort, wo die Stadt- und Verfassungsrechte geschaffen wurden, die das Gesamtwohl einer Bürgerschaft im Auge hatten. Dies verdeutlicht, wie sehr Demokratie auf überschaubare Einheiten

angewiesen ist. Daran hat sich bis heute nichts geändert.

Wigbert Tocha
in «Publik Forum»
(stark gekürzt)